

Das Ostufer des Attersees ist eine einzige Verheißung: Die Sonne scheint den ganzen Nachmittag, später färbt sie den Horizont rot. An den schönen Tagen ist das Wasser türkis, der Himmel blau. Inmitten der Idylle liegt das Bundesforstebad in Weyregg. Es könnte ein Aushängeschild des Salzkammergutes sein – doch irgendwie ist das Gras hier nicht ganz so grün wie in den Bädern nebenan.

Man könnte drei Geschichten über das Bundesforstebad im oberösterreichischen Weyregg erzählen. Die erste handelt von heißen Sommertagen, lauen Nächten und einem frei zugänglichen Bad, in dem Jugendliche und Dorfhippies ihre Sommer verbringen. Die zweite von einem genervten Dorfbürgermeister und einem ausgereizten Gemeindebudget. Die dritte Geschichte handelt von einer Aktiengesellschaft, die Gewinn machen soll und muss.

Jede dieser Geschichten schließt die anderen aus. Alle drei hinterlassen dieselben Fragen: Wem gehören die Strände an den österreichischen Seen? Wer trägt die Kosten? Und vielleicht am wichtigsten: Wer darf über den Seezugang entscheiden? Bürger? Politiker? Eigentümer?

Es ist einer der trüben Tage im Juli 2019. Das Bundesforstebad in Weyregg ist leer, 22 Grad fühlen sich kalt an. Christof Staufer steht in Flip-Flops, kurzer Hose und T-Shirt an der maroden Uferbefestigung. Er ist 37 Jahre alt. Hunderte Male ist er seit seiner Kindheit über die Ost-Promenade in den Attersee gesprungen. Dass sich hier bald einiges verändern soll, macht ihm Angst. Worum geht es?

Am Ende dieser Badesaison will die Bundesforste AG, ihr gehört das Grundstück, einen Teil des Weyregger Bundesforstebads privatisieren. Zwei neue Wohnungen sollen das alte Forsthaus ersetzen. Im Gegenzug sanieren die Bundesforste das öffentliche Bad. Die morsche Uferverkleidung soll entfernt, der Zugang renaturiert werden. Ein Deal im Sinne der Allgemeinheit?

Staufer findet nicht. Er fürchtet, dass die aktuellen Pläne erst der Anfang sind. Dass die wenigen verbliebenen freien Seezugänge am Attersee Stück für Stück in private Hände fallen. „Sie filetieren so lange, bis nichts mehr übrig ist“, glaubt er.

Ein großer Teil der österreichischen Seeufer ist schon jetzt privat. Als Beispiel dient der Wörthersee. Nach Vermessungen der Rechercheplattform Addendum sind dort rund 80 Prozent des Ufers in Privatbesitz. Ähnlich ist es am oberösterreichischen Attersee. Hier sind 76 Prozent der Zugänge privat, 13 Prozent öffentlich und elf Prozent naturbelassen. Staufer gefällt dieses Verhältnis nicht.

„Attersee statt Privattersee“ heißt die Initiative, die er mit seinem Bruder und einem Freund begründet hat. Es gehe ihm nicht ums Enteignen, sagt er, sondern darum, „die wenigen verbliebenen öffentlichen Flächen für zukünftige Generationen zu bewahren“. Er führt den Kampf Meter um Meter. „Rettet das Weyregger Bundesforstebad“ heißt die dazugehörige Facebookseite. 2609 Personen gefällt das.

Österreichs Seen liegen in vielen Händen. Der Neusiedlersee gehört zu großen Teilen der Familie Esterházy, der Mondsee einer Frau namens Nicolette Wächter. Einige Seen gehören Gemeinden, Städten und Ländern. Der Wallersee dem Land Salzburg, der Zellersee der Stadtgemeinde Zell am See.

82 Seen, also rund 70 Prozent jener über einen Hektar, gehören der Republik.

Der Seehandel im Salzkammergut

Eine Mann kämpft gegen die Privatisierung eines Ufergrundstücks am Attersee. Der öffentliche Seezugang in Österreich schrumpft

REPORTAGE:
LISA KREUTZER



Der Aktivist Christof Staufer sieht in den Plänen nur den Anfang der Privatisierung am Attersee



Der Weyregger Bürgermeister Klaus Gerzer (SPÖ) hat seine Mühe mit dem Strandbad



Darunter einige der beliebtesten. Wie der Wörthersee, der Millstätter See und der Traunsee. Und eben der Attersee in Oberösterreich. Die Österreichischen Bundesforste AG bewirtschaftet die Seen.

Im Jahr 1976 stellte die Bundesregierung Kreisky die Badeplätze der Bundesforste für die Allgemeinheit zur Verfügung. Neun Jahre später, 1985, übernahm die Gemeinde Weyregg die Betreuung des Bades am Attersee. Über die Jahre bekam der See eine Surfschule, eine Tauchschule, eine Meerzwecksportanlage und Kioske. Sitzbänke aus braunem Holz säumen die Promenade. Über 43 Jahre wuchsen die Buchen und Birken immer höher, die Sanitäranlagen verfielen immer mehr.

An allen ihren Seen verdient die AG im vergangenen Jahr rund neun Millionen Euro. Wie jede Aktiengesellschaft zahlen die Bundesforste Dividenden an ihre Aktionäre aus. In ihrem Fall ist es nur eine einzige: Die Republik Österreich erhielt seit der Gründung der Bundesforste AG im Jahr 1997 rund 500 Millionen Euro.

Es ist Kirchtag in Weyregg, inoffizieller Feiertag. Das Gemeindeamt hat den ganzen Tag geschlossen. Klaus Gerzer ist der rote Bürgermeister der 1600 Weyregger. Er kommt in grün-weißer Tracht und Lederhosen direkt vom Dorffest – seit über 30 Jahren spielt er dort Klarinette.

Die Gemeinde pachtet das Bad kostenlos von der Bundesforste AG und ist für die Instandhaltung verantwortlich. Die angrenzenden Flächen wie die des Parkplatzes oder der Surfschule gehören ebenfalls den Bundesforsten. Diese sind für wirtschaftliche Nutzung bestimmt, die Gemeinde verdient an Parkgebühren, am Kiosk, den Wassersportschulen. Etwa die Hälfte der Einnahmen zahlt sie als Pacht an die Bundesforste. Im vergangenen Jahr waren das 10.618 Euro netto.

Mit dem, was bleibt, muss die Gemeinde die Reinigung, das Rasenmähen und den Bauhof bezahlen, der die Mülltonnen leert. „Das Bad ist ein Verlustgeschäft für die Gemeinde“, sagt Gerzer. Und kein großer Gewinn für den Besitzer, die Bundesforste. Weshalb die nun einen Teil des Bades an Private verpachten und ihn für die Allgemeinheit unzugänglich machen wollen.

Gerzer weiß um den Widerstand gegen die Baupläne. Er ist 59 Jahre alt, mit einem Lächeln sitzt er in seinem dunkel vertäfelten Büro im Gemeindehaus. Sein Blick verrät nicht, dass er müde ist. Als Bürgermeister von Weyregg freue man sich auf den Ruhestand, sagt er.

„Sobald sich etwas ändern soll, kommen die Initiativen – rettet dies, rettet das.“ Nie kämen die Leute, wenn etwas gut läuft – aber, Herrgott, seien sie schnell, wenn etwas stört.

Wie Christoph Staufer, der um das Bundesforstbad kämpft. Familien baden hier selten, man sieht kaum Kinder. Dafür sind die Klos schmutzig, die Gastronomie mau, der Parkplatz teuer. Das Bad ist heruntergekommen. Mehrmals am Badetag klingelt zwischen Mitte Juli und Mitte August das Telefon in der kleinen Gemeinde.

Die Badegäste, meist aus den umliegenden Dörfern angereist, beschwerten sich bei ihm über den Zustand des Bades, erzählt der Bürgermeister. „Eigentlich müssten wir es zusperren, seit den 70ern wurde da nichts mehr saniert“, sagt er. Die Feuerwehr kommt nicht mehr, um den kleinen Parkplatz abzusperren, wenn er zu voll ist. Sie haben keine Lust, sich beleidigen zu lassen von Gästen. Also fährt der Bürgermeister im Sommer persönlich zum Parkplatz und sperrt ab. „Da fragt man sich schon: Wieso tu ich mir das alles an? Die Anfeindungen sind furchtbar“, sagt Gerzer.

Ein idyllischer Badeplatz mit Postkartenpanorama, das ließe sich touristisch nutzen. Eine Studie der Wirtschaftskammer zeigt, dass sich die Hitzetage in Österreich bis 2050 verdoppeln werden und die Wassertemperatur um zwei Grad steigen wird. Auch im traditionell kühlen Attersee. Umweltbewusstsein und Flugscham wachsen, der Mittelmeerraum wird heißer und Krisengebiete in potenziellen Urlaubsländern nicht kleiner.

„Der Seentourismus kann mit den positiven Auswirkungen des Klimawandels rechnen“, schreibt die WKO. Was für die globale Zukunft bestenfalls beängstigend ist, klingt für den österreichischen Inlandstourismus vielversprechend. Weyregg wird davon eher nicht profitieren. Denn hierher kommt nicht der geldbringende Tourismus, sondern vor allem Tagesausflügler. Gegessen wird zuhause.

Die wenigen, die das Bundesforstebad erreichen wollen, biegen zum Kiesparkplatz ab. Hinter dem Maschendrahtzaun erstrecken sich schon die Liegewiese und das heruntergekommenen Forsthaus. Dahinter zeichnet sich das blaue Wasser des Sees ab.

Objektiv betrachtet kämpft Staufer um wenig. Zwischen dem rostigen Zaun am Rand des Bades und der naturbelassenen Liegewiese soll ein dünner Streifen des öffentlichen Seezuganges abgezackt werden. Acht Meter vielleicht, höchstens 17 – die Zahlen variieren, je nachdem, mit wem man spricht.

Anstelle des alten, heruntergekommenen Forsthauses sollen hier bald zwei neue Wohnungen mit Seezugang stehen. Vermietet wird die Bundesforste AG. Als Ausgleich will die AG die heruntergekommenen Toiletten des Bades sanieren und die frei zugängliche Liegewiese um knapp 2400 Quadratmeter erweitern. Wie kam es eigentlich zu diesem Geschäft?

Zum Thema

1997 wurden die **Bundesforste** aus der öffentlichen Verwaltung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Seither wirtschaften sie gewinnorientiert mit 800.000 Hektar Land, etwa zehn Prozent des Staatsgebietes. Die Einnahmen der AG kommen überwiegend aus Forstbewirtschaftung, Immobilien und Tourismusinfrastrukturen wie Skipisten und Reitwegen. An den **Seen** verdient die AG über Verträge für Stege, Bojen, Bootshütten. Und sie verpachten 42 Naturbadeplätze an 13 Badeseen. Wie das Bundesforstbad an die Gemeinde Weyregg

Der Stoff, aus dem Postkartenmotive gemacht sind: Das Ostufer des Attersees

FOTOS:
DOMINIK
PANDELIDIS



Gernot Strasser und Pia Buchner von den Bundesforsten sagen, sie privatisieren nur in allergrößter Not

Zentrale der Österreichischen Bundesforste in Pukersdorf. Eine Brücke führt über den künstlich angelegten Teich in das moderne Holzgebäude. Im verglasten Besprechungszimmer referieren Pia Buchner, Pressesprecherin, und Gernot Strasser, Leiter für Immobilien, Tourismus und Wasser, die geplanten Veränderungen im Weyregger Bundesforstebad. Genau wie Bürgermeister Gerzer fühlen sie sich nicht wertgeschätzt. Und von Christoph Stauffers Initiative „Attersee statt Privattersee“ missverstanden.

Sie haben Beweise. Einer liegt auf dem hellen Besprechungstisch. Darauf ist ein Seezugang eingezeichnet, den die Bundesforste AG unweit des Weyregger Bades geschaffen hat. „Was wir alles tun, um die Seezugänge öffentlich zu machen, darüber spricht niemand“, aber wehe, etwas würde aus guten Gründen verändert. Die Bundesforste müssen die Immobilien der Republik in Schuss halten. Und für die Sanierung des Bades brauche es eben Geld.

Artikel 4 des Bundesforstegesetzes: „Bei der Verwaltung von Seeuferflächen oder Seen ist auf den Erhalt der natürlichen Seeuferteile sowie den freien Zugang zu den Seen besonders Bedacht zu nehmen.“ Diesem Auftrag will die Bundesforste AG gerecht werden. Und wird es in den meisten Fällen auch. Außerdem seien Seeuferflächen im Eigentum des Bundes zu erhalten. Doch Seen wie den Attersee und den Wörthersee hat die AG erst im Jahr 2001 übernommen. Da waren die meisten Flächen an den Ufern schon in Privatbesitz.

Der Grundlsee, der Hallstätter und der Altausseer See sind seit jeher in Besitz der Bundesforste. Sie haben vergleichsweise viele öffentliche Zugänge. Nur in der allergrößten Not würden sie privatisieren, sagen die Vertreter der Bundesforste. Verkaufen könnten sie sowieso nur, wenn sie mit dem Geld andere Flächen ankaufen.

Jeder Euro aus dem Verkauf von Gründen fließt auf ein Liegenschaftskonto der Republik, das nur für den Neukauf von Grund verwendet werden darf. Wenn sich diese Zugänge nicht finanzieren lassen, müsse nun mal ein kleines Stück privatisiert werden.

„Die Bundesforste AG agiert als Staat im Staat“, sagt Staufer, der vor Jahren Politikwissenschaft in Wien studiert hat. Für ihn könne die neue Liegfläche nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesforste etwas privatisieren, das der Allgemeinheit zugänglich bleiben sollte. „Hier wird ein paar Meter ein Fetisch betrieben“, erwidert Gernot Strasser von den Bundesforsten.

Der Bürgermeister Klaus Gerzer sieht im Projekt der Bundesforste AG die Möglichkeit, das Bad in Schuss zu bringen, ohne die Gemeindekasse weiter zu belasten. Das alte Forsthaus braucht er nicht mehr, es ist zu heruntergekommen. „Es wird eine Fläche umgestaltet, die momentan sowieso nicht zugänglich ist“, sagt er. Ob der Abtausch von einigen Metern Seezugang gegen neue Liegflächen gerecht ist, darüber werden sich die drei wohl nicht mehr einigen.

Man könnte drei Geschichten über das Bundesforstebad in Weyregg am Attersee erzählen. Jede Geschichte schließt die anderen aus. Im Mai 2019 haben die Grünen eine neue Staatszielbestimmung in der Verfassung des proporzregierten Landes Oberösterreich verankern können: „Der freie Zugang der Allgemeinheit zu Wäldern, Bergen, Seen, Flüssen und anderen Naturschönheiten.“ Immerhin ein Bekenntnis.

Christoph Staufer gefällt das.

